

SID

Society for International Development - Chapter Bonn

Nachlese des 81. Entwicklungspolitischen Fachgesprächs vom 05.04.11 zum Thema:

„Die Entwicklungspolitik muss ihre Rolle im Rahmen globaler Klimapolitik mutiger besetzen!“

Gespräch mit Jürgen Wiemann, Moderation: G. Oldenbruch

Vortrag von Jürgen Wiemann

Radikale Ereignisse wie in Japan, Libyen und anderen Orten führen in jüngster Zeit zu unglaublichen Kursänderungen der relevanten Parteien und Figuren in Berlin. Im Augenblick tritt das Klimathema fast in den Hintergrund hinter den Debatten um das aktuelle Atomausstiegsszenario. Aber wir sollten nicht vergessen, dass der Klimawandel nach wie vor droht. Sollte die Erderwärmung über 2 Grad Celsius hinausgehen, müssen wir mit viel größeren Katastrophen der Unbewohnbarkeit ganzer Länder und Regionen rechnen als dies jetzt in Fukushima in Japan der Fall ist. Die Rechnung für unsere industrielle Revolution könnte brutaler sein, als wir uns dies derzeit vorstellen können. In diesem Kontext stelle ich die Frage, welche Schlussfolgerungen daraus in der Entwicklungspolitik zu ziehen sind.

Seit der Agenda 21(Rio-Konferenz 1992) stehen die großen Weichenstellungen für eine nachhaltige Entwicklung fest. Aber was ist neu, was muss im Bereich der Entwicklungspolitik und durch das BMZ zusätzlich bedacht werden?

Gilt zukünftig Wachstumsverzicht oder Wirtschaftswachstum nur in einer anderen Form (siehe hierzu auch die letzte ZEIT-Ausgabe)?

Einige sagen, mit dem Anstieg der Weltbevölkerungszahlen müsse es eine Grenze des Wirtschaftswachstums geben. Andere erwidern, es sei nicht machbar, das Wirtschaftswachstum zu begrenzen, wenn gleichzeitig Armut gemindert werden solle.

Wir in den Industrieländern könnten ein gemindertes Wachstum hinnehmen ohne große Verluste an Lebensqualität.

Aber in den Entwicklungsländern liegt eine völlig andere Situation vor. Wir sollten vorsichtig damit sein, dort Wachstumsverzicht anzustreben. Gleiches gilt für die Schwellenländer. Die Länder des Südens wollen Wirtschaftswachstum betreiben, befeuert mit fossilen Energien. Viele neu geplante Atomkraftwerke werden nach Fukushima vielleicht nicht realisiert werden in Indien, China und anderen Schwellenländern, aber dafür wird es vielleicht noch mehr Kohlekraftwerke geben.

Laut der IEA (International Energy Agency) emittierten die Annex 1-Länder, sprich die OECD-Länder, also die Länder mit den höchsten Auflagen im Kyoto-Protokoll, schon 2008 weniger CO₂ als alle Annex 2-Länder, also Entwicklungs- und Schwellenländer, zusammen. Viele Stimmen werden laut, welche die Annex 2-Länder dazu auffordern, ähnliche Emissionsziele für Treibhausgase zu akzeptieren wie die Industrieländer, aber wir müssen uns immer klar machen, dass nach wie vor unser pro Kopf-Ausstoß an CO₂ in den Industrieländern höher ist als in den meisten Entwicklungs- und Schwellenländern, wenn auch mit Abstufungen.

Darüber hinaus tragen wir die historische Verantwortung von 200 Jahren Industrialisierung: wir haben zwei Jahrhunderte lang mit Kohle und Öl CO₂ in der Atmosphäre angereichert, das nun wie ein Damoklesschwert über uns hängt. Gleichzeitig fragen uns die Entwicklungsländer nachvollziehbarerweise, ob wir ihnen eine ähnliche industrielle Entwicklung verwehren wollen. Hinzu kommt noch, dass immer größere Teile unserer Industrien in Schwellenländer ausgelagert werden, wo wir, meist auf Basis fossiler Energien, Produkte für unsere Märkte fertigen lassen.

Aber in den Klimaverhandlungen werden die Emissionen pro Land betrachtet. Chinas Emissions-Werte beispielsweise steigen radikal an, aber ein bedeutender Teil des CO₂ entsteht in der Produktion von Konsumgütern für US-amerikanische und europäische Märkte. Statt die Emissionen einzelner Länder zu betrachten, müsste der Pro-Kopf-Ausstoß an CO₂ der Verbraucher berechnet werden, und wer am meisten emittiert, müsste am höchsten besteuert werden. Soweit sind wir aber noch nicht.

Die Schwellenländer vertreten das starke Argument, dass der Norden nicht erwarten könne, dass sie innerhalb der nächsten 10 Jahre dieselben Emissionsziele akzeptieren wie die Annex 1-Länder.

Der Abschluss eines globalen Klimaabkommens erscheint mir noch mindestens fünf Jahre entfernt. Solange können wir die Hände nicht in den Schoß legen. Mit der Agenda 21 ist klar geworden, dass wir eine schnelle Energierevolution brauchen, was den Ausbau und die Erforschung immer neuer regenerativer Energien sowie möglicherweise noch mehr Geothermie mit einschließt. Hiervon sprechen alle. In den USA ist seit langem die so genannte Apollo-Bewegung in Gang, die ähnlich wie im 10-Jahres-Plan zur Vorbereitung der ersten Mondlandung, für eine Energierevolution die Mitarbeit aller beteiligten staatlichen und gesellschaftlichen Gruppierungen, der Wissenschaft und der Wirtschaft einfordert.

Für die Entwicklungspolitik ist in diesem Kontext relevant, dass diese Energierevolution so schnell wie möglich in die Entwicklungsländer getragen werden muss. Wir können einige Ansätze beobachten und Fortschritte verzeichnen, aber müssen noch schneller werden. Dies hängt davon ab, ob die Massenproduktion von Fotovoltaik-Anlagen, Windrädern etc. bald zu Kosteneffizienz führt, die dazu beiträgt, sich von fossilen Energieträgern zu verabschieden.

Mit dem gleichzeitigen ständigen Preisanstieg für Öl, und möglicherweise bald ansteigenden Kosten für Kohle, könnten sich alternative Energien hoffentlich bald am Markt durchsetzen.

Die Entwicklungspolitik kann einen Beitrag zur Überzeugungsarbeit in Entwicklungsländern leisten, damit z.B. fossile Energien nicht mehr länger subventioniert und stattdessen besteuert werden. Die deutsche EZ ist hier schon auf einem guten Weg.

In Wirtschaft und Politik streitet man sich über das Vorpreschen der Deutschen im Klimaschutz. Wenn einzelne Länder Beiträge zu weniger Energieverbrauch leisten, ist das nicht automatisch günstig für das Weltklima, da so der Ölmarkt entlastet werden kann, Ölpreise sinken bzw. langsamer steigen und für Andere der Ölkauf attraktiver wird.

Als Gegenargument wird häufig angeführt, dass einzelne Staaten wie Dänemark eine Schneise schlagen, damit andere sehen, dass erneuerbare Energien funktionieren und wirtschaftlich und technisch umsetzbar sind. Ich bin gespannt, wie es in

Deutschland weitergehen wird und habe den Eindruck, dass es derzeit einen ziemlich klaren Energiekonsens in der Bundespolitik gibt.

Ein zweites Thema, das meiner Meinung nach zu wenig im Kontext des Klimawandels gesehen wird, ist die Landwirtschaft. Auf der einen Seite ist die Landwirtschaft selbst von Klimawandel betroffen, vor allem in den Tropen in Südasien. In der Zukunft wird es erhebliche Ernteschwankungen und –ausfälle auf regionaler Ebene durch extreme Wetterereignisse geben, und die Ernährungssicherung ist somit gefährdet.

Die Landwirtschaft ist aber gleichzeitig auch ein großer Mitverursacher des Klimawandels: sie trägt zu ca. 13 bis 15% der CO₂-Emissionen bei durch Mechanisierung, Inputs, Tierzucht (Methan ist in kurzfristiger Hinsicht sehr klimawirksam) sowie Lachgas durch Düngung. Wenn man jetzt noch hinzurechnet, dass sich die Landwirtschaft auf Kosten von Waldflächen oder, allgemeiner formuliert, bisher nicht bearbeiteter Fläche ausdehnt, dann macht ihr Anteil am CO₂-Ausstoß sogar ein Drittel aus. Veränderte Landnutzungsformen, vor allem Abholzung, tragen sehr stark zum Klimawandel bei.

Bisher ist die Landwirtschaft aber aufgrund ihrer komplizierten Rolle als Betroffene und Verursacherin noch nicht in internationale Klimaabkommen integriert.

Wir sollten uns deutlich vor Augen führen, dass die Landwirtschaft ein erhebliches Potenzial dazu hat, dem Klimawandel entgegen zu wirken, indem sie vermeidet, was sie heute an CO₂ durch Maschinen, Düngemittel, Pestizide etc. emittiert und, darüber hinaus, indem sie die Kohlenstoffspeicherungskapazität, die in den Böden liegt, nutzt. Erntereste sollten wieder in den Boden eingebracht oder direkt dort gelassen werden, und es sollte nicht so tief gepflügt werden. Plakativ ausgedrückt muss eine natürlichere Landwirtschaft betrieben werden, die so arbeitet, wie vielleicht unsere Vorfäter sie kannten und die mehr Kohlenstoff in den Boden zurück gibt, als sie entnimmt.

Eine solche Produktionsweise soll gefördert werden, und möglicherweise muss man die Bauern in Entwicklungsländern sogar dafür bezahlen, bestimmte Produktionsformen zu betreiben, die natürlicher sind als in der industrialisierten Landwirtschaft und die einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Wir müssen uns genau anschauen, welche Optionen an CO₂-Rückführung es gibt. Es gibt technologische Ansätze, um CO₂ aus der Atmosphäre wieder in den Boden einzuspeisen. Am naheliegendsten ist aber die Aufforstung, außerdem bestimmte landwirtschaftliche Produktionsformen und anderes.

Es gibt eine interessante Diskussion darüber, ob all dies mit kleinbäuerlicher Landwirtschaft erreicht werden kann. Laut dem IAASTD- Bericht („Weltagrarbericht“) ist das Potential der kleinbäuerlichen Landwirtschaft noch lange nicht ausgeschöpft. In den letzten 30 Jahren ist aber zu wenig für die Forschung in dieser Richtung getan worden. Seit 10 Jahren fordern immer mehr Institutionen höhere Forschungsgelder. Das gewaltige Potential für angepasste Technologie muss mit natürlicheren Produktionsformen verbunden werden, um so zwei Fliegen (bzw. sogar drei) mit einer Klappe zu schlagen: *mitigation* (Reduktion der negativen Auswirkungen des Klimawandels), *adaptation* (die Anpassung an veränderte Klimabedingungen) und *food security* (Ernährungssicherung durch gesteigerte Produktivität) könnten mit vorsichtiger modernisierter Landwirtschaft erreicht werden.

Manche Forscher betonen die Rolle modernisierter Großfarmen, um 9 Milliarden Menschen im Jahr 2050 ernähren zu können. Ich wäre vorsichtig darin, der modernisierten High-Tech-Landwirtschaft eine zu große Bedeutung beizumessen. Wir sollten keinesfalls die kleinbäuerliche Landwirtschaft vergessen, die auch entwicklungspolitisch interessant ist. Von der Lage der Kleinbauern hängt, wie Sie wissen, auch das Armutsthema ab.

Schließen möchte ich meinen Vortrag mit einem letzten Gedanken schließen. Wenn wir es schaffen würden, in Europa eine ‚organische‘ bzw. natürlichere Landwirtschaft durchzusetzen, und die EU-Agrarpolitik in diese Richtung zu treiben, und wir das alte System der Agrarsubventionen zwecks Protektionismus und Exportförderung beenden könnten, hätten wir gleichzeitig eine Chance, aus der Klemme der WTO-Doha-Runde herauszukommen. Ich möchte diese Diskussion anstoßen, indem ich meinen Glauben daran äußere, dass hierin eine Möglichkeit liegt, in den globalen Klimaverhandlungen und der Doha-Runde parallel voran zu schreiten.

Natürlich stehen dieser Hoffnung auf eine Reform der Agrarpolitik handfeste Interessen der derzeitigen Agrarpolitik gegenüber, weshalb wir gesellschaftliche Koalitionen brauchen. Und die Entwicklungspolitik sollte einen Beitrag dazu leisten, dass die Landwirtschaft nicht so weiterbetrieben wird wie bisher.

Gespräch mit dem Publikum

Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie das vernachlässigte Thema Landwirtschaft angesprochen haben. Der Einfluss mächtiger Lobbyverbände auch in Deutschland ist in der Tat problematisch. Die Agrarindustrie in Deutschland ist auf Massenproduktion ausgelegt, gerade auch in der Tierzucht. Neben der Förderung von Kleinbauern in Entwicklungsländern ist auch zu überlegen, wie beispielsweise der Ausbreitung von Monokulturen und der Verdrängungen kleinerer regionaler Produzenten und Verarbeiter entgegen zu wirken ist. Wir müssen an vielen Fronten kämpfen.

J. Wiemann: In Politik und Wirtschaft werden ständig neue Fässer aufgemacht, aber mir fehlt dabei die Kohärenz, auch in neuesten Publikationen des BMZ. Wir wollen E10-Kraftstoffe, müssen aber einen Blick darauf haben, welche Auswirkungen unsere Nachfrage in anderen Teilen der Erde hat, wie zum Beispiel in Indonesien. Ich verfüge hierzu über keine Zahlen. Unsere Regierung und auch die EU-Kommission werden langsam vorsichtiger, und realisieren erst jetzt die Auswirkungen. Zirkuläre Folgewirkungen und Nachteile werden erst langsam sichtbar.

Ähnliche Probleme erleben wir durch die Nachfrage der europäischen Viehwirtschaft nach Futtermitteln. In Brasilien und anderen Ländern werden riesige Ackerflächen in Anspruch genommen zur Produktion von Tierfutter für unsere Tierbestände, und somit zur Erhaltung unserer Lebensweise. Jeder von uns muss sich fragen, wie weit sein ökologischer Fußabdruck reicht, und ob unser Konsum vertretbar oder nicht vertretbar ist, wenn er z.B. auf Kosten der Abholzung des Amazonas - Regenwalds erfolgt, den wir als CO₂-Speicher brauchen.

Zum Thema Kohärenz gehört auch die Bevölkerungspolitik. Es ist ein starker Anstieg der Bevölkerungszahlen in vielen Ländern zu verzeichnen. Als zirkuläre Folge

müssten bei steigender Bevölkerungszahl mehr Nahrungsmittel produziert und zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, die es häufig nicht gibt. Viele Agrarökonom argumentieren, dass nur mit High-Tech-Landwirtschaft 10 Milliarden Menschen zu ernähren seien. Ich bitte an diesem Punkt inne zu halten, damit wir uns fragen können, wie wir 10 Milliarden Menschen überhaupt ernähren können, ohne dass dabei die Auswirkungen des Klimawandels für uns untragbar werden.

Ich kann fast alle Punkte ihres Vortrages unterschreiben. In Hinblick auf Ihre Schlussfolgerung will ich aber einige Zahlen in Erinnerung rufen. Die Wissenschaft hat festgestellt, dass wir die Erderwärmung unter 2 Grad Celsius bis 2050 halten müssen, um negative Folgen des Klimawandels einzudämmen. In Cancún hat es jetzt allgemeine Zustimmung hierzu gegeben, aber wir haben vier Jahre gebraucht um dahin zu kommen. Einen Konsens bezüglich der tragbaren Emissionszahlen bzw. notwendigen Minderungen an CO₂-Ausstoß hat es jedoch noch nicht gegeben. Denn der größte Anstieg der CO₂-Emissionen wird bis 2010 in den Entwicklungsländern erfolgen, und es müssen große Anstrengungen dagegen unternommen werden, unabhängig von Gerechtigkeitsüberlegungen und der Verursacherfrage.

Wir werden bombardiert mit vermeintlichen Lösungsideen, von denen es tausende gibt. Sie werden aber nicht umgesetzt aufgrund eines Mangels an politischem Willen vor allem in den Industrieländern. Die deutsche Umwelt- und Klimadebatte wird nicht vergleichbar in vielen anderen Ländern, z.B. im südlichen Europa, geführt. Ein anderes Problem ist die Blockadehaltung der USA in den Klimaverhandlungen, was wiederum am US-amerikanischen Kongress liegt. Dahinter verstecken sich dann China und einige europäische Länder. Wenn die USA nichts unternimmt, warum sollten dann andere Staaten ihre Wettbewerbsfähigkeit einbüßen, indem sie zu viel tun?

Im Moment sehe ich keinen politischen Willen zu großen Einsparungen, auch nicht in Deutschland. Was ich vermisse, ist die Beschäftigung mit der Frage, wie man diesen Mangel an politischem Willen überhaupt überwinden kann. Jetzt zu versuchen, der Entwicklungspolitik das ganze Gewicht aufzuhalsen, entspricht meiner Meinung nach übertriebenen Erwartungen. Es gibt genug Probleme in der Entwicklungspolitik, z.B. dass Deutschland weiterhin weit davon entfernt ist, 0,7% seines BIP in die Entwicklungszusammenarbeit zu investieren. Natürlich kann die Entwicklungspolitik einen Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel leisten, und Kernsatz der Weltbank ist, dass eine gute Entwicklungspolitik eine gute Anpassung an den Klimawandel ist. Genau hieran arbeiten wir im BMZ, und stellen Strategien zur Beratung von Partnerländern und Ressourcen bereit.

J. Wiemann: Auf mein Papier wurde mit der Aussage reagiert, Entwicklungspolitik solle sich auf Armutsbekämpfung konzentrieren, nicht auf den Klimawandel. Dann ist mein Vorschlag eben ein Thema für die internationale Zusammenarbeit Deutschlands mit dem Rest der Welt, und hierzu gehören Entwicklungs-, Wirtschafts- bzw. Handels-, Umwelt- und Klimapolitik. Mehrere Ressorts müssen mitziehen, alle müssen zusammen wirken.

Sie endeten Ihren Vortrag mit der Favorisierung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Aber wie bringen wir das der Politik bei, und speziell Regierungen in Entwicklungsländern wie in Äthiopien, wo heute fast ausschließlich Großinvestoren Land erhalten?

J. Wiemann: Ich kann dazu nur sagen, dann man die Kleinbauern in ihren Entwicklungsmöglichkeiten fördern muss. Ich bin zu wenig Agrarexperte, um sagen zu können, wie genau das funktionieren soll. In Vietnam ist beispielsweise die kleinbäuerliche Landwirtschaft auf dem Vormarsch.

Ich will auch nicht als Ideologe wahrgenommen werden, der ausschließlich für kleinbäuerliche Landwirtschaft optiert; bestimmte Früchte sollten auch weiterhin auf Großfarmen angebaut werden.

Ein *rising global interest in farmland* (so der Titel einer lesenswerten Studie der Weltbank), wie es derzeit vielerorts zu beobachten ist, geht auf Kosten der traditionellen Rechte von Kleinbauern, aber mit solchen Investitionen in modernisierte Landwirtschaft können auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Lassen Sie mich kurz anmerken, wie langsam wir in dieser Hinsicht in Europa sind. Das Thema der langfristig nachhaltigen Landwirtschaft ist seit Jahrzehnten im Gespräch, aber wir schlafen immer noch. Die Langsamkeit in der deutschen und europäischen Willensbildung ist ein akutes Problem. Wir wissen nicht, wo die Kippunkte im Klimawandel liegen, beispielsweise hinsichtlich tauender Permafrostböden, durch die viel Methan ausgestoßen wird. Der Klimawandel hat mit unserem Lebensstil zu tun und unserem CO₂-Ausstoß pro Kopf. Wir müssen bei unserem eigenen Verhalten als Verbraucher anfangen.

J. Wiemann: Was mich ermutigt im Vorfeld der Rio+20-Konferenz ist, dass die allgemeine Erkenntnis, dass eine natürlichere Landwirtschaft gegen den Klimawandel wirken kann, Einzug in große Organisationen wie FAO, UNEP und UNCTAD gehalten hat; die Weltbank geht in eine ähnliche Richtung. Ich habe das Gefühl, dass der Weltagrarbericht, der andernorts viel gelesen wird, hier in Deutschland noch nicht angekommen ist. Weder die alte noch die neue Bundesregierung hat ihn bisher unterschrieben.

Was können wir nun aber tun, um dem mangelnden Willen zum Wandel zu begegnen? Wir müssen nach Lösungen suchen, wie man den politischen Willen beeinflussen kann. Was kann wer in der Entwicklungspolitik leisten?

Zum Begriff des politischen Willens möchte ich anmerken, dass die gesamte Konstellation unter dem Stichwort der globalen Gerechtigkeit eine Frage der Macht ist. Ich denke, beschleunigtes Lernen erleben wir gerade am Beispiel der politischen Umbrüche und der japanischen Regierung. Alles, was sie ausführen, klang mir sehr vertraut. Es gibt eine Arbeitsgemeinschaft „Kleinbäuerliche Landwirtschaft“, die genau diese Thesen schon lange predigt, aber nicht gehört wird und auch nicht gehört werden soll.

Die Entwicklungspolitik nun zum Instrument des „Druck- Machens“ werden zu lassen, halte ich für ausgesprochen schwierig, wenn ich mir die derzeitigen Konstellationen anschau. Im Vordergrund steht die zivil-militärische Zusammenarbeit und Ähnliches. Deshalb bin ich recht skeptisch. Auch die Wissenschaftsentwicklung ist leider so gestrickt, dass sie Zahlen und nicht dahinter liegende strukturelle Interessen beleuchtet. Ich bin sehr viel optimistischer, was den Einfluss zivilgesellschaftlicher Kräfte anbelangt.

Ich würde zustimmen, dass, die Entwicklungspolitik an der Frage der Glaubwürdigkeit bei uns bemessen werden muss. Wir müssen in unserer Gesellschaft anfangen. Wenn die riesigen Subventionszahlungen, die bisher in die

Atomindustrie geflossen sind, z.B. in den technologischen Forschungsbereich gesteckt würden, könnten wir viel erreichen. Wir müssen es nur wollen.

Ich rate jedem in dieser Runde, seinen eigenen ökologischen Fußabdruck zu berechnen, es gibt einen Link beim Bundesumweltamt. Ein weiteres Thema sind die Subventionen von fossiler Energie gerade auch in Entwicklungsländern, durch die die Verbreitung von Technologien zur Erzeugung erneuerbarer Energien in finanzieller Hinsicht sehr unattraktiv erscheint.

J. Wiemann: Auf WTO-Ebene könnten die Energiesubventionen in Entwicklungsländern, die von vielen als indirekte Exportsubventionen angesehen werden, unseren Agrarsubventionen, die ebenso der Exportförderung dienen, entgegen gehalten werden. Verhandlungen hierüber erscheinen im Moment vielleicht utopisch, aber wenn zunächst Studien errechnen würden, auf wie viel Kosten sich ihre Aufhebung belaufen würde, könnten die Verhandlungen in Gang kommen.

Astrid Böhmerl

G. Oldenbruch